

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 40 (1948)
Heft: 3

Artikel: Die Gründung des CIAT
Autor: Miche, Charles
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353320>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ernennung des von der Exekutive einstimmig vorgeschlagenen Senators *Wheeler* für diesen mit einem Jahresgehalt von 20 000 Dollar dotierten Posten in Aussicht gestellt. Senator *Wheeler* erklärte sich jedoch mit der These nicht einverstanden, dass die Wiederwahl aller Parlamentarier verhindert werden soll, die für das Taft-Hartley-Gesetz gestimmt haben. Man könne einen Parlamentarier nicht wegen der Stellungnahme zu einem einzigen Gesetz verurteilen. Sicherlich hätten einige Abgeordnete für das Gesetz gestimmt, die sich im übrigen in 99 von 100 Fällen für die Sache der Arbeiter einsetzten. Senator *Wheeler*, ein bekannter Isolationist, machte überdies noch Einwände gegen den Marshall-Plan. In der Sitzung des Verwaltungsrates der LEPL, der sich, abgesehen von den 15 Mitgliedern der Exekutive, aus 15 Delegierten von Verbänden zusammensetzt, die in der Exekutive nicht vertreten sind, wurde *Wheeler* u. a. auch vorgeworfen, dass er gegen das « New Deal » Roosevelts und gegen die militärische Vorbereitung des Landes vor dem Weltkrieg war. Seine Kandidatur musste deshalb zurückgezogen werden.

Charles Miche.

Die Gründung des CIAT

An der am 10. Januar in Lima (Peru) abgehaltenen interamerikanischen Gewerkschaftskonferenz waren folgende Länder vertreten: USA, Puerto Rico, Haiti, Brasilien, Uruguay, Bolivien, Chile, Panama, Costa Rica, El Salvador, Mexiko, Cuba, Ecuador, Guatemala, Argentinien und Peru.

In einem der Exekutive der AFL unterbreiteten Bericht über die Tagung heisst es u. a., « dass die Konferenz trotz den Sabotageversuchen der Kommunisten und des Argentinischen Gewerkschaftsbundes im Hinblick auf die Zahl der vertretenen Länder, Organisationen und Mitglieder ein voller Erfolg war, der die höchsten Erwartungen übertraf ».

Der « Interamerikanische Gewerkschaftsbund », CIAT (« Inter-American Confederation of Labor ») ist gegründet. « Trotzdem setzen », so heisst es in dem besagten Bericht weiter, « die Kommunisten und Faschisten in Südamerika ihren verleumderischen Kampf gegen unser Land und unsere Aussenpolitik fort ». Der Vorwurf des « Yankee-Imperialismus » findet südlich des Rio Grande immer noch guten Nährboden. Auch an der Konferenz in Lima konnte sich dieser Vorwurf Gehör verschaffen, und es sind Stimmen laut geworden « gegen die Intervention der USA auf dem Gebiete der Industrialisierung Lateinamerikas ». Diese Stimmung wird ohne Zweifel auch in Zukunft dem von *Lombardo Toledano* geführten Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund (CTAL) zugute kommen.

Die Bedeutung dieser Organisation, die früher zirka 2 Millionen Mitglieder zählte, ist zwar stark zurückgegangen, desgleichen der Einfluss von Toledano, der sich kürzlich zum Mexikanischen Gewerkschaftsbund in Gegensatz gesetzt hat, doch muss in Betracht gezogen werden, dass die Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika überhaupt noch schwach ist und Millionen von leicht beeinflussbaren Arbeitern heute noch jeglicher Organisation fernstehen.

« Der Einfluss der Kommunisten unter unseren guten Nachbarn im Süden », so heisst es in dem besagten Bericht weiter, « geht zurück, und die von der argentinischen Regierung geleitete antiame-rikanische Kampagne hat wenig Unterstützung erhalten. Wenn auch die Delegierten der AFL im Hinblick auf die labile Lage eine ausgesprochen antikommunistische Haltung vermieden, hat die AFL doch die feste Absicht bekundet, an der Wirksamkeit der neu gegründeten Organisation vollen Anteil zu nehmen. »

Die Exekutive der AFL ist überzeugt, dass der « Interamerika-nische Gewerkschaftsbund » « einen wirksamen Beitrag zur Errei-chung des Hauptzieles, nämlich des Weltfriedens, leisten kann . . . » « Wir glauben, dass die Gründung dieser Arbeiterorganisation in der westlichen Hemisphäre einen wichtigen Schritt darstellt zur Förderung unserer Politik, da sich die Verbreitung der Vorteile und Segnungen einer freien demokratischen Regierung bei allen Völ- kern der westlichen Hemisphäre zum Ziele setzt ».

Vorsitzender des CIAT, der insbesondere auch von der « Rail-way Labor's Executive Association » (RLEA), einer Dachorganisa-tion der Eisenbahner in USA, unterstützt wird, ist *Bernardo Ibanez*, ein bekannter sozialistischer Arbeiterführer von Chile. *Serafino Romualdi*, der Sachberater der AFL für Lateinamerika, ist einer der Sekretäre dieser Organisation. Die meisten der übrigen Aemter sind in den Händen von Lateinamerikanern. Die Delegierten zahl-reicher südamerikanischer Länder vertraten auf der Konferenz nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft ihrer Staaten. In einigen Län- dern, so in Argentinien, stehen die Regierungen den beiden Orga-nisationen, d. h. dem CIAT und dem CTAL, feindlich gegenüber. Seit der Abhaltung der Konferenz in Lima hat der « Interamerika-nische Gewerkschaftsbund » bereits Zuzug erhalten, indem sich der Kubanische Gewerkschaftsbund, der bis jetzt der Organisation Toledanos angehörte, seinen Anschluss mitgeteilt hat. Die Bekannt-gabe erfolgte anlässlich der Sitzung der Exekutive der AFL in Miami durch *Eusebia Muijal*, Mitglied der Exekutive des Kubani-schen Gewerkschaftsbundes. An einem anschliessenden Empfang nahm auch *Francisco Aguirre*, der kubanische Arbeitsminister, teil. In einer bei dieser Gelegenheit abgehaltenen Sitzung von fünf Exe-kutivmitgliedern des « Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes » wurde beschlossen, den übrigen zehn Mitgliedern der Exekutive zu empfehlen, dem Präsidenten Bernardo Ibanez sofort die Ermächti-

gung zu erteilen, den Sitz der Organisation in Santiago (Chile) zu errichten, da die Regierung von Peru die Errichtung des Sitzes in Lima verboten hat.

Charles Miche.

Lohnpolitik in England

Der nachfolgende Artikel ist geschrieben worden, bevor der Beschluss des Generalrates des Britischen Gewerkschaftsbundes zu den Vorschlägen der Regierung in bezug auf die Stabilisierung der Preise und Löhne gefasst wurde. Seine Prognose hat sich indessen als richtig erwiesen und er behält seine Aktualität, weil er die Uebereinstimmung der Probleme und Aufgaben zeigt, vor die die Gewerkschaften in England und in der Schweiz, aber auch in vielen andern Ländern, gestellt sind.

G. B.

In der jüngsten Erklärung zur Einkommenspolitik, mit der die englische Arbeiterregierung auch auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften Einfluss nimmt, sind vier allgemeine Gesichtspunkte für alle diejenigen festgelegt, die an Verhandlungen über und an der Festsetzung der Höhe von Einkommen beteiligt sind. Der erste ist, dass es nicht wünschenswert für die Regierung sei, sich direkt mit den Einkommen der Einzelpersonen anders als durch die Steuer zu beschäftigen; der zweite drückt die Ansicht aus, dass es wichtig sei, dass die Sätze der kollektiven Vereinbarungen strikte eingehalten werden; der dritte sagt klar und bestimmt, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen und solange nicht mehr Waren für den Inlandsmarkt zur Verfügung stehen, eine allgemeine Erhöhung des Geldeinkommens ohne eine entsprechende Erhöhung der Produktion nicht gerechtfertigt sei, aber, so wird als letzter Gesichtspunkt hinzugefügt, daraus dürfe nicht geschlossen werden, dass es richtig sein würde, *alle* Einkommen auf dem heutigen Stand zu stabilisieren.

Die Erklärung bezieht sich auf alle Einkommen aus Profit, Zinsen und Löhnen. Konkret und nachdrücklich sind vor allem jene Formulierungen, die sich auf die Löhne und Gehälter beziehen. Jede Forderung auf Erhöhung muss, so sagt die Regierung, im Rahmen der nationalen Interessen gewürdigt werden und nicht auf der Basis der Aufrechterhaltung der früheren Unterschiede zwischen den verschiedenen Berufen und Industrien. Es mag Fälle geben, in denen eine Erhöhung unter nationalem Gesichtspunkt gerechtfertigt ist; z. B. wenn es wichtig ist, einer unterbesetzten Industrie Arbeiter zuzuführen und es ist klar, dass nur eine Erhöhung der Löhne die Arbeiter dazu veranlassen könne, in diese Industrie zu gehen. In einer Rundfunkrede, die Ministerpräsident Attlee nach der Abgabe der Regierungserklärung gehalten hat, betonte er ausdrücklich, dass die Regierung nicht gegen jede Lohn-